

Im Auftrag des

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Ausgabe Nr. 30 | April 2023

Rohstoffe und Entwicklung Newsletter



Informationen über aktuelle Themen und Entwicklungen aus dem Rohstoffsektor
Ein Service des GIZ Vorhabens Rohstoffe und Entwicklung

Liebe Rohstoff-Interessierte,



© GIZ/Michael Duff

herzlich willkommen zur neuen Ausgabe unseres Rohstoff-Newsletters! Das Sektorvorhaben Rohstoffe und Entwicklung der GIZ lässt Ihnen jeden Monat eine Auswahl an Artikeln und Links zukommen, die für Sie von Interesse sein könnten. Gerne informieren wir Sie über zentrale Entwicklungen im Sektor und möchten auf neue Erkenntnisse aufmerksam machen. Sollten Sie zusätzliche Themen interessant finden oder Veranstaltungshinweise für uns haben, zögern Sie bitte nicht, uns diese mitzuteilen, sodass wir sie in unseren Newsletter aufnehmen können!

Herzliche Grüße

Ihr GIZ-Sektorvorhaben Rohstoffe und Entwicklung

ENVIRONMENT

- » UNU-Flores/SV RuE: Neues Informationsblatt „Just Transition: the environmental justice aspects of coal mine closure“
- » Abschlussbericht zu Alllastenstudie des ehemaligen Bergwerks „La Ciénaga“ im Norden Perus
- » Erste Schritte zur Angleichung der Datenerfassung zum Wasser- und Energieverbrauch von Bergbauunternehmen in Chile und Peru
- » Ein internationaler Workshop analysierte Erfahrungen mit gemeinsam genutzter Wasserinfrastruktur bei

SOCIAL

- » WRF und RMF-Bericht: Sorgfaltspflichtensysteme reichen für ein solides Risikomanagement im Rohstoffsektor nicht aus
- » Berichterstattung der Länder gibt keinen vollständigen Aufschluss über die Quecksilberschmutzung

GOVERNANCE

- » EU Critical Raw Materials Act und 5. technische Bewertung von kritischen Rohstoffen
- » SWP-Kommentar: Die EU und die Verhandlungen über einen verbindlichen Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte

GENDER EQUALITY

- » IGF: Blogbeitrag zu geschlechterdisaggregierten Daten im Bergbau
- » NRG1: Eine gerechte Energiewende inkludiert den Miteinbezug und das Empowerment von Frauen

ECONOMIC DEVELOPMENT

- » Wo werden grüne Technologien hergestellt?

VERANSTALTUNGSRÜCKBLICK

- » EITI Board Meeting
- » PowerShift-Konferenz: "Eine ökologische Rohstoffpolitik"

VERANSTALTUNGSHINWEISE

- » OECD Forum on Responsible Mineral Supply Chains
- » BGR-Workshop „Illegale Goldströme“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Verantwortungsvolles Gold“
- » BMZ High-Level Forum on Mineral Supply Chains - Responsible Mining for the Just Transition

GEDANKEN OHNE GEWÄHR

SCHON GEWUSST...?



UNU-Flores/SV RuE: Neues Informationsblatt „Just Transition: the environmental justice aspects of coal mine closure“

Mitarbeitende des Projekts „Sustainable Transformation in Coal Regions of the Global South: Challenges from a Resource Nexus Perspective - (NEXtra Core) der UNU-Flores erstellten gemeinsam mit dem Sektorvorhaben RuE das Informationsblatt: „Just Transition: the environmental justice aspects of coal mine closure“. Wie der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien gerecht gestaltet werden kann, ist eine zentrale Frage des Klimaschutzes. Hinsichtlich der Stilllegung von Kohlerevieren wird dabei häufig auf wirtschaftliche und soziale Aspekte fokussiert, während Umweltaspekte meist weniger Eingang in diese Debatte finden. Unzureichend geplante Stilllegungen und unsachgerechte Schließungen von Kohlebergwerken- und Gruben führen jedoch zu Umweltschäden und damit verbundenen sozialen und ökologischen Kosten. Eine Just Transition mit Blick auf den Rohstoffsektor bedeutet daher auch, dass negative Umweltauswirkungen verhindert bzw. reduziert werden. Das neue Informationsblatt gibt eine kurze Übersicht über typische Umweltrisiken und Herausforderungen der Governance sowie über Möglichkeiten, wie deren Minderung im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit im Rohstoffsektor unterstützt werden kann.

[Mehr erfahren](#)

Abschlussbericht zu Altlastenstudie des ehemaligen Bergwerks „La Ciénaga“ im Norden Perus

Am 14. März wurde der Abschlussbericht eines Forschungsprojektes zu den Umweltuntersuchungen und Sanierungsoptionen für die Bergbaualtlasten von La Ciénaga im peruanischen Ministerium für Energie und Bergbau (MINEM) vorgestellt.

Im Rahmen der von der BGR in Auftrag gegebenen Studie wurde die Charakterisierung der Bergehalden im Hinblick auf ihre mineralogische und geochemische Zusammensetzung sowie deren Umweltrisiken und sozialen Auswirkungen untersucht. Darüber hinaus wurden die verschiedenen Optionen für deren Sanierung, einschließlich des Potenzials für die Wiederaufbereitung (Sekundärbergbau), analysiert.



©BGR

An der Präsentation und der anschließenden Diskussion der Ergebnisse und der Möglichkeiten für künftige Maßnahmen nahmen der Direktor der Generaldirektion Bergbau des MINEM, Jorge Enrique Soto Yen, Fachpersonal des MINEM, Vertreter des Geologischen Dienstes Perus (INGEMMET) sowie die halbstaatliche Firma Activos Mineros S.A.C (AMSAC), die mit der Schließung von Bergbaualtlasten in Peru betraut ist, teil.

Durch die Erhebung repräsentativer Daten für eine belastbare Entscheidungsgrundlage für die Sanierung und/oder Wiederaufbereitung, will die BGR die Schaffung eines beispielhaften Modells für eine nachhaltige Bewirtschaftung und Sanierung von Bergbaualtlasten in der Andenregion fördern.

[Mehr Informationen](#)

Erste Schritte zur Angleichung der Datenerfassung zum Wasser- und Energieverbrauch von Bergbauunternehmen in Chile und Peru



©MinSus

Im Rahmen einer Süd-Süd-Kooperation des Regionalvorhabens MinSus zum Methodenvergleich von Bergbau-Statistiken zwischen Chile und Peru haben Vertreter der chilenischen Kupferkommission (COCHILCO) und der peruanischen Generaldirektion für Bergbau und Nachhaltigkeit an einem internationalen Workshop in Santiago teilgenommen. Ziel des Projekts ist es, bis 2024 die Statistiken für den Wasser- und Energieverbrauch des

peruanischen Bergbaus in die offiziellen Statistiken (Mining Statistical Report und Consolidated Annual Declaration) aufzunehmen, wie es derzeit in Chile der Fall ist. Im Workshop wurde die Methodologie der COCHILCO-Statistik in Peru vorgestellt und in Hinblick auf eine mögliche Implementierung und Harmonisierung diskutiert. Vertreter von Ecuador und Argentinien nahmen ebenfalls an dem Workshop teil. Das Projekt zielt darauf ab, Vergleiche zwischen den Bergbau-Statistiken der verschiedenen Länder der Anden-Region zu ermöglichen.

[Weitere Informationen](#)

Ein internationaler Workshop analysierte Erfahrungen mit gemeinsam genutzter Wasserinfrastruktur bei

Bergbauinvestitionen

Der von der ECLAC, dem chilenischen Bergbauministerium und dem MinSus-GIZ-Projekt organisierte Workshop "Bergbauinvestitionen in Mehrzweckinfrastruktur: der Fall der Wasserinfrastruktur" fand in der ECLAC-Zentrale in Santiago (Chile) statt und richtete sich an Beamte des öffentlichen Sektors aus der Andenregion.



©MinSus

Die Veranstaltung förderte den Erfahrungsaustausch, um die Herausforderungen bei der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten zu analysieren, die darauf abzielen, sowohl den Wasserbedarf des Bergbausektors als auch den der Interessengruppen in dem Gebiet zu decken. Es wurden mehrere Fälle von Entsalzungs- und Abwasserwiederverwendungsprojekten vorgestellt und Aspekte der Technik, der Finanzierung, der Regulierung, der Koordinierung mit den Interessengruppen sowie sozio-ökologische Fragen, die für ihre Durchführbarkeit berücksichtigt werden sollten, erörtert.

Weitere Informationen über diese und andere aktuelle Aktivitäten und Veröffentlichungen des MinSus-Projekts finden Sie in der neuen Ausgabe des Newsletters [hier](#).



WRF und RMF: Sorgfaltspflichtensysteme reichen für ein solides Risikomanagement im Rohstoffsektor nicht aus

Zwei in der Schweiz ansässige unabhängige Forschungsorganisationen haben berichtet, dass einige im Rohstoffsektor tätige Handelsunternehmen Finanzdaten offenlegen, von denen andere in der Branche behaupten, sie müssten vertraulich behandelt werden. Dies ist eines der Ergebnisse der diesjährigen Ausgabe des Extractive Commodity Trading Report, der die ESG-Politik und -Praktiken einer Auswahl von Unternehmen bewertet, die mit Öl, Gas, Mineralien oder Metallen handeln. Der neue Bericht, der vom World Resources Forum (WRF) und der Responsible Mining Foundation (RMF) erstellt wurde, bewertet anhand öffentlicher Daten die Offenlegung und Sorgfaltspflichten von 25 Unternehmen in Bezug auf die Unternehmensführung und die Risiken von Menschenrechtsverletzungen, illegalen Finanzströmen und Umweltschäden in ihren Lieferketten. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass es seit der letzten Bewertung im Jahr 2021 zwar keine deutliche Verschiebung hin zu verantwortungsvolleren Praktiken gegeben hat, die meisten Unternehmen jedoch eine gewisse Verbesserung aufweisen. Die wichtigsten Ergebnisse des Berichts sind: Die meisten Sorgfaltspflichtensysteme reichen bei weitem nicht an ein robustes Risikomanagement heran; es wurden kaum Anstrengungen unternommen, um die Wirksamkeit der

Sorgfaltspflichtensysteme zu verbessern; einige Unternehmen räumen mit dem Mythos auf, dass die Offenlegung von Informationen der Wettbewerbsfähigkeit schadet, und die Systeme zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption werden selten durch praktische Maßnahmen unterstützt.

[Zum vollständigen Bericht](#)

Berichterstattung der Länder gibt keinen vollständigen Aufschluss über die Quecksilberschmutzung

Eine kürzlich veröffentlichte Studie über die von 25 Ländern gemeldeten Basisschätzungen der Quecksilberemissionen aus dem artisanalen und kleinen Goldbergbau ergab, dass die Schätzungen nur selten genügend Informationen liefern, um festzustellen, ob die Verschiebungen der Rate von einem Jahr zum nächsten auf tatsächliche Veränderungen oder auf Datenunsicherheit zurückzuführen sind. Schlüsselvariablen - wie z. B. die Art und Weise, wie ein Land die Menge seiner Goldproduktion bestimmt - können zu sehr unterschiedlichen Basisschätzungen führen. Die Länder geben diese Bandbreite möglicher Schätzungen jedoch oft nicht an. Der Studie zufolge riskieren etwa 15 Millionen handwerkliche Goldschürfer*innen auf der ganzen Welt jeden Tag ihr Leben, weil sie gefährlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, zu denen auch die ständige Exposition gegenüber Quecksilber - einem starken Nervengift - gehört. Der gefährliche Goldabbau, bei dem Quecksilber zum Einsatz kommt, ist außerdem für etwa 40 % aller vom Menschen verursachten Quecksilberemissionen verantwortlich und damit die größte Quelle dieser Art von Umweltverschmutzung, wie die Daten zeigen.

[Zur Studie](#)



EU Critical Raw Materials Act und 5. technische Bewertung von kritischen Rohstoffen

Die Europäische Kommission hat mit dem Critical Raw Materials Act ein Maßnahmenpaket vorgestellt, um den Zugang der EU zu einer sicheren, diversifizierten, bezahlbaren und nachhaltigen Versorgung von kritischen Rohstoffen zu gewährleisten. Kritische Rohstoffe sind für eine Reihe strategischer Sektoren unverzichtbar, darunter



©Europäische Union 2023

die Netto-Null-Industrie, die Technologieindustrie, die Luft- und Raumfahrt sowie die Verteidigung. Der am 16. März vorgestellte CRMA beleuchtet Stärken und Möglichkeiten des Binnenmarktes und der externen Partnerschaften der EU, um die Lieferketten für kritische Rohstoffe in der EU zu diversifizieren und ihre Widerstandsfähigkeit zu verbessern. Der CRMA strebt auch die Fähigkeit der EU an, die Risiken von Unterbrechungen besser zu monitoren und abzumildern, und fördert die Kreislaufwirtschaft und die Nachhaltigkeit.

Darüber hinaus wurden am 16. März die Ergebnisse der fünften technischen Bewertung der kritischen Rohstoffe für die EU veröffentlicht. Während zwei gestrichen wurden, wurden sechs neue ZRM in die Liste aufgenommen, darunter Kupfer, Nickel und Mangan. Die Liste ist nun von 30 auf 34 angewachsen.

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen kritisierten den CRMA in Bezug auf die Gefährdung von Menschenrechts-, Umwelt-, und Klimastandards.

[Zur Pressemitteilung des EU-Gesetzes](#)

[Zur aktuellen Liste kritischer Rohstoffe für die EU](#)

SWP-Kommentar: Die EU und die Verhandlungen über einen verbindlichen Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte

Die Europäische Union (EU) bemüht sich um neue Partnerschaften und den Ausbau bestehender Partnerschaften, insbesondere mit Staaten des Globalen Südens, um ihre offene strategische Autonomie zu stärken. Dazu gehört auch eine robuste Rohstoffversorgung für ihren doppelten Übergang zu einer digitalen und grünen Wirtschaft. Mehrere dieser Partner, die viele transnationale Unternehmen beherbergen, setzen sich für einen verbindlichen internationalen Standard zur Regelung von Wirtschaft und Menschenrechten ein, der über die unverbindlichen Leitprinzipien der Vereinten Nationen (UNGPs) hinausgeht. Daher sollte die EU ein Mandat einrichten und sich aktiv an den Verhandlungen über einen verbindlichen Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte beteiligen, um ihr Image als Verteidigerin der Menschenrechte auf internationaler Ebene zu festigen. Multilaterale Verhandlungen ermöglichen einen Dialog und eine gegenseitige Zusammenarbeit, was bei regionalen und nationalen Gesetzen zur Sorgfaltspflicht in der Lieferkette nicht der Fall ist, so dass die Akzeptanz durch die internationalen Partner gefährdet ist, sobald sie umgesetzt sind. Dies stellt eine Herausforderung für die gegenseitige Zusammenarbeit dar, die notwendig ist, um die Verantwortlichkeit der Unternehmen zu erreichen.

[Mehr erfahren](#)





IGF: Blogbeitrag zu geschlechterdisaggregierten Daten im Bergbau

Im Bergbausektor vollziehen sich grundlegende strukturelle Veränderungen, aber es bleibt unklar, wie genau sie sich auf die Geschlechterdynamik in diesem Sektor auswirken werden. Der Mangel an nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Daten ist ein Haupthindernis für die Entwicklung von Strategien und Initiativen, die zu bedeutenden Fortschritten bei der Gleichstellung der Geschlechter im Bergbau führen werden.

Um diese Datenlücke zu schließen, bemüht sich das Projekt Women and the Mine of the Future (WMF) um ein besseres Verständnis des Profils von Frauen, die weltweit im Großbergbau und in der Lieferkette arbeiten. WMF ist eine Partnerschaft, an der die International Women in Mining (IWIM), die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), das Environmental Governance Programme (EGP) und das Intergovernmental Forum on Mining, Minerals, Metals and Sustainable Development (IGF) beteiligt sind.

[Mehr erfahren](#)

NRGI: Eine gerechte Energiewende inkludiert den Miteinbezug und das Empowerment von Frauen

Ein gerechter Übergang, der Frauen befähigt und ihre Rechte respektiert, ist möglich. Um dieses entscheidende Ziel zu erreichen, müssen sich Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, Geber, Akteure des privaten und öffentlichen Sektors sowie zivilgesellschaftliche Organisationen entschlossen dafür einsetzen, frauengeführte Organisationen und viele andere, die diesen inklusiven Weg bereits beschreiten, zu befähigen, zu unterstützen und von ihnen zu lernen. In dem neuen NRGI-Blogartikel, der am 8. März, dem Internationalen Frauentag, veröffentlicht wurde, werden die Rechte und das Empowerment von Frauen im Hinblick auf eine gerechte Energiewende in den Blick genommen.

[Mehr erfahren](#)





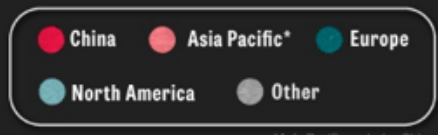
Wo werden grüne Technologien hergestellt?

Auf China und den asiatisch-pazifischen Raum entfallen rund 75 % der weltweiten Produktionskapazitäten für sieben grüne Energietechnologien.

Basierend auf dem IEA-Bericht "Energy Technology Perspectives 2023" schlüsselt die von [Visual Capitalist](#) veröffentlichte Visualisierung die globalen Produktionskapazitäten für in Massenproduktion hergestellte saubere Energietechnologien nach Regionen auf, darunter Onshore- und Offshore-Windkraft, Photovoltaik (PV), Elektrofahrzeuge und Wärmepumpen.

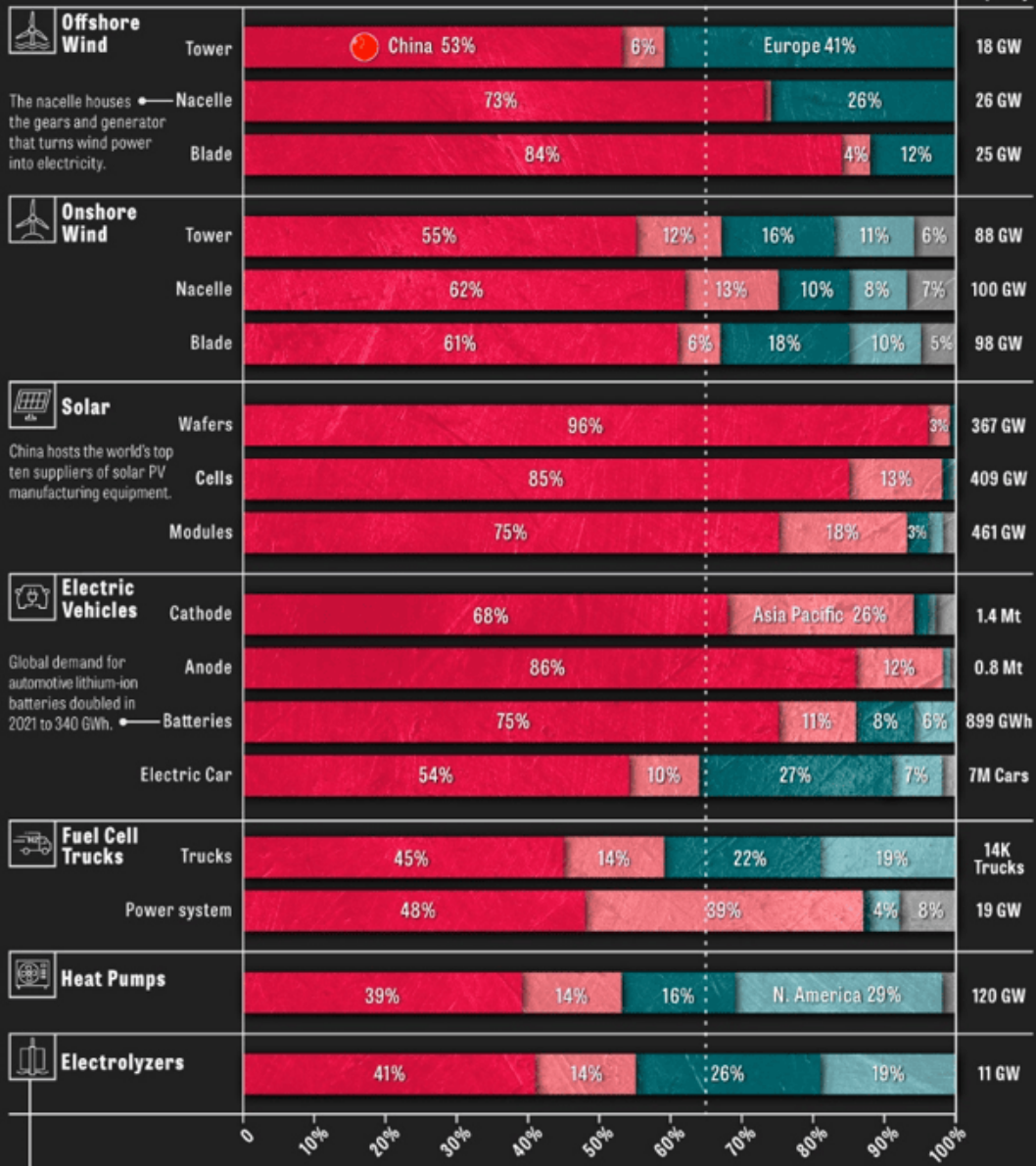
WHERE ARE CLEAN-ENERGY TECHNOLOGIES MANUFACTURED?

As the market for low-emission solutions expands, China dominates the production of clean-energy technologies and their components.



*Asia Pacific excludes China

Shares of manufacturing capacity by region, 2021



Electrolyzers separate hydrogen gas from water molecules to be used for various industrial and commercial applications, including as energy for fuel cell cars and trucks.

Source: International Energy Agency Energy Technology Perspectives (2023)

ELEMENTS

ELEMENTS.VISUALCAPITALIST.COM

©Visual Capitalist



Veranstaltungsrückblick

EITI Board Meeting

Am 1. und 2. März fand in Buenos Aires das 55. Treffen des internationalen EITI-Vorstands unter der Leitung der ehemaligen neuseeländischen Premierministerin und aktuellen Vorstandsvorsitzenden Helen Clark statt. Im Zentrum des Treffens standen Debatten über die Überarbeitung des EITI-Standards. Besonders im Fokus waren dabei Themen rund um Anti-Korruption, Gender und die Energiewende. Die deutsche Seite hat sich im Rahmen seiner Rolle als Mitglied der Stimmrechtsgruppe unterstützender Staaten dabei aktiv eingebracht und sich insbesondere für die Sichtbarmachung der Perspektiven implementierender Länder eingesetzt. Das nächste Vorstandstreffen findet außerordentlich virtuell am 2. Mai statt, um dann den Überarbeitungsprozess des EITI-Standards abzuschließen, bevor der neue EITI-Standard dann auf der Globalkonferenz im (13.-14. Juni) verabschiedet werden soll. Die Globalkonferenz findet alle zwei bis drei Jahre statt und ist mit über 1000 teilnehmenden Stakeholdern die bedeutendste Veranstaltung im EITI-Kontext. Die GIZ plant sich sowohl vonseiten des Sektorvorhabens, als auch vonseiten verschiedener implementierender Rohstoffprojekte aktiv einzubringen und gemachte Erfahrungen zu teilen.

PowerShift-Konferenz "Eine ökologische Rohstoffpolitik"

Am 30. März fand die Konferenz „Eine ökologische Rohstoffpolitik – Wie können wir Wandel in Krisenzeiten gestalten und kommunizieren?“ der zivilgesellschaftlichen Organisation PowerShift e.V. in Berlin statt. Auf drei Panels wurden im Gespräch mit nationaler und internationaler Zivilgesellschaft und Politiker*innen die menschenrechtlichen und ökologischen Auswirkungen des metallischen Rohstoffabbaus im Lichte aktueller Krisenzeiten diskutiert. Die drei Schwerpunktthemen der Panels waren somit menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten entlang der Rohstofflieferketten, Resilienz und Rohstoffunabhängigkeit von Russland und China sowie der kürzlich am 14. März vorgestellte Critical Raw Materials Act der Europäischen Union.



Veranstungshinweise

OECD Forum on Responsible Mineral Supply Chains

24.-28.04.2023, persönlich

Das diesjährige OECD-Forum über verantwortungsvolle Rohstoffversorgungsketten wird in der Woche vom 24. bis 28. April im OECD-Hauptsitz in Paris stattfinden. Das Forum wird langjährige und neue Prioritäten bei der Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Mineralien widerspiegeln. Die Themen des Forums umfassen Konfliktrisiken, Korruption und Umweltrisiken in Lieferketten für Mineralien, Triebkräfte für einen verantwortungsvollen Handel und systemische Fragen wie regulatorische Entwicklungen sowie eine verantwortungsvolle Finanzierung. Ein zentraler Schwerpunkt wird die Nutzung der Sorgfaltspflichten sein, um Synergien zwischen den Zielen einer verantwortungsvollen und zuverlässigen Versorgung mit Mineralien zu fördern, die für die Energiewende entscheidend sind. Die Hauptsitzungen des Forums finden am Mittwoch, den 26. und Donnerstag, den 27. April 2023 statt, während Partner Sessions in der gleichen Woche vom 24. bis 28. April 2023 organisiert werden.



©OECD

BGR-Workshop zu illegalen Goldströmen im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Verantwortungsvolles Gold"

9.5.2023 von 13.00-16.00 Uhr (MESZ), online

Das Sektorvorhaben „Rohstoffe und Entwicklung“ der BGR richtet im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) einen Workshop zu illegalen Goldströmen in der Veranstaltungsreihe „Verantwortungsvolles Gold“ aus. Die Veranstaltungsreihe dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch verschiedener deutscher Akteure zum Thema verantwortungsvolle Goldproduktion und -bezug. Der nächste Workshop findet virtuell am 9.5.2023 statt. Inhaltlich beschäftigt sich der Workshop mit dem Thema illegale Goldströme aus Lateinamerika und Afrika nach Europa. Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich unter folgender E-Mail an: alexandra.bechtum@bgr.de.

Weitere Informationen

BMZ High-Level Forum zu verantwortungsvollen Rohstofflieferketten

31.05.-01.06.2023, vor Ort und online

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) organisiert am 1. Juni 2023 in Berlin ein hochrangiges Dialogforum zum Thema verantwortungsvolle Rohstofflieferketten. Gemeinsam mit Podiumsteilnehmer*innen aus Regierungen, Zivilgesellschaft, Industrie und Wissenschaft aus der ganzen Welt werden die Herausforderungen, Verantwortlichkeiten und Chancen entlang von Rohstofflieferketten auf dem Weg zu einer gerechten Energiewende weltweit diskutiert.

Ein vom Sektorprogramm Rohstoffe und Entwicklung organisierter Side Event Tag am 31. Mai wird das Thema auf Arbeitsebene mit mehreren Partnerorganisationen beleuchten.



Gedanken ohne Gewähr*

Was kostet die Energiewende?

Die Frage nach den Kosten der Energiewende bei steigenden Rohstoffpreisen ist spätestens seit Lieferengpässen für Batterien und Mountainbikes während der Corona-Pandemie oder dem Rückgang der Gasspeicherstände in den europäischen Haushalten angekommen. Fakt ist: Die Teuerung ist spürbar und unser Hunger nach Rohstoffen unstillbar. Wenn die Energiewende gelingen soll, benötigen wir bis 2050 sechsmal mehr Rohstoffe wie bisher. Metalle wie Kupfer, Lithium, Cobalt oder Nickel sind dabei entscheidend für die Erreichung des 1,5 Grad-Ziels. Die Energiewende kann gelingen. Aber was kostet sie die Menschen und Umwelt in den Abbaugeländen des globalen Südens? Ohne das Zeugnis von Menschen, die in 30 Meter tiefe, selbst gegrabene Schächte klettern und unter Lebensgefahr die Minerale für die Energiewende abbauen, sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter*innen nicht begreifbar. Ein vielversprechendes Instrument neben staatlichen Regulierungsmechanismen wie dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sind nicht-staatliche nicht-justiziable Beschwerdemechanismen (sog. NSBGMs). Dafür zu sorgen, dass diese zunehmend populären Mechanismen nicht nur dazu dienen, Unternehmen von ihrer Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards freizusprechen, sondern vielmehr vor Ort bei den betroffenen Rechteinhaber*innen durch Abhilfe, individueller Entschädigung und Präventionsmaßnahmen zur Verbesserung der Lebensumstände führen, ist eine der großen Herausforderungen, die für eine gelungene Energiewende und Just Transition entscheidend sind.

Der Autor ist Rechtsreferendar und war von Januar 2023 bis März 2023 im Rahmen seiner Wahlstation Rechtsreferendar im Sektorprogramm Rohstoffe und Entwicklung der GIZ

Schon gewusst...?

... dass das Gewicht von Edelsteinen klassischerweise in Karat angegeben wird. Der Ursprung des Wortes Karat liegt im Griechischen - dort wurde der Begriff kerátion (dt.: kleines Horn) für die

hornförmigen Früchte des Johannisbrotbaums verwendet. Die Samen dieser Hülsenfrüchte wurden wegen ihres fast einheitlichen Gewichts von 0,2 Gramm als Gewichtsmaß verwendet. Das Wort Karat gelangte schließlich über das lateinische carratus und das französische le carat in den deutschen Sprachgebrauch.

Quelle

Kontakt

Haftungsausschluss

Weiterempfehlen

www.giz.de



Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 32 + 36
53113 Bonn
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 60-17 66

Dag-Hammarskjöld-Weg 1 - 5
65760 Eschborn
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15

E info@giz.de
I www.giz.de

Handelsregister

Amtsgericht Bonn: Eintragungs-Nr. HRB 18384
Amtsgericht Frankfurt am Main: Eintragungs-Nr. HRB 12394

USt-IdNr. DE 113891176
Steuernummer 040 250 56973

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Staatssekretär Jochen Flasbarth

Vorstand

Thorsten Schäfer-Gümbel (Vorstandssprecher)
Ingrid-Gabriela Hoven

Verantwortlich:

Tim Schloesser, tim.schloesser@giz.de
Mayely Müller, mayely.mueller@giz.de

Redaktion:

Mayely Müller, mayely.mueller@giz.de

Mitarbeit:

Christina Domingos
Stefan Westfechtel
Cara Horz

Bildnachweis:

Titelbild, Environment: © GIZ / Michael Duff
Economic Development, Governance: © GIZ / Rolando Suaña
Gender Equality, Social: © GIZ / Guillem Trius

* Die Kategorie "Gedanken ohne Gewähr" wird von unseren Rechtsreferendar*innen eigenständig gefüllt. Das Sektorprogramm übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben oder teilt deren Meinungen.

Wenn Sie diesen Newsletter abbestellen möchten, klicken Sie bitte hier auf [abmelden](#).